



PROTOKOLL EINWOHNERRAT

DATUM UND ZEIT	Montag, 22. August 2016, 19.00 Uhr, Zentrum für Demokratie
PROTOKOLL NR.	6. Sitzung 2016
ANWESEND	49 Mitglieder des Einwohnerrates 7 Mitglieder des Stadtrates Daniel Roth, Stadtschreiber Jan Hlavica, Stadtbaumeister Sebastian Busse, Sektionsleiter Hochbau Theres Fankhauser, Projektleiterin Hochbau André Liniger, Leiter Zentrale Dienste Stadtbauamt Barbara Dumont, Mitglied der Schulpflege
ENTSCHULDIGT	Christoph Waldmeier, Einwohnerrat
VORSITZ	Lelia Hunziker, Präsidentin
PROTOKOLLFÜHRER/-IN	Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber



Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	239
2. Inpflichtnahme von Leona Klopfenstein als neues Ratsmitglied (anstelle von Hans Fügli)	240
3. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 (anstelle von Christoph Waldmeier)	241
4. Anfrage	242
5. Erweiterung Primarschule, Kindergarten Gönhard, Baukredit	243
6. Beschlussfassung über die Überweisung der Motion Silvia Dell'Aquila: Ergänzung des Abfallreglements der Stadt Aarau	254
7. Kreditabrechnung Zurlindenvilla, Sanierung Turnerheim, Projektierung	261



Traktandum 1

64. Mitteilungen

Lelia Hunziker, Präsidentin: Ich begrüsse alle Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung im Zentrum für Demokratie in der Blumenhalde. Ich möchte mich an dieser Stelle schon ein erstes Mal herzlich beim Zentrum für Demokratie bedanken, dass wir hier Gastrecht geniessen dürfen. Wir könnten die Sitzung nämlich heute nicht durchführen, weil das Grossratsgebäude momentan saniert und renoviert wird. Wir hätten die Sitzung also sonst irgendwo durchführen müssen. Wir haben die Einladung hier im Zentrum für Demokratie wirklich sehr gerne angenommen und ich habe deshalb ja dann auch entschieden, mit meinem Einstandsapéro zu warten, bis wir hier in einem der schönsten Häuser von Aarau, welches einer der schönsten Gärten hat, für die Sitzung sind. Ich habe gedacht, dass wir die Einwohnerratssitzung relativ schnell durchführen. Ich würde danach gerne das Wort an Herrn Daniel Kübler vom Zentrum für Demokratie übergeben, wenn wir dann ein Glas in der Hand haben. Ich glaube, das ist auch in Ihrem Interesse. Wir haben ja keine allzu lange Traktandenliste. Mein Ziel ist es eigentlich, dass wir zwischen 20.30 und 21.00 Uhr hier die Stühle wegräumen können. Es ist die 6. Sitzung im Jahre 2016 und die 16. Sitzung der laufenden Legislatur. Ich habe nur wenige Mitteilungen: Mir ist mitgeteilt worden, dass es am 20. November 2016 zur Eröffnung der KEBA ein Plausch-Eishockeyturnier geben wird. Dieses findet um 15.15 Uhr statt, das weiss man bereits. Der Eishockeymatch wird zwischen ehemaligen Sportgrössen gegen Behördenmitglieder und Politiker/-innen ausgetragen. Ich möchte jetzt also dazu aufrufen, dass diejenigen Personen hier im Saal, welche denken, sie könnten die Behörden bzw. die Politik beim Eishockeymatch gut vertreten, die dürfen dies gerne tun. Ich selber bin nicht eine so gute Eishockeyspielerin, ich war nämlich eine Eisprinzessin. Im schlimmsten Fall würde ich es also auch noch wagen. Ich fände es aber toll, wenn jemand aus dem Einwohnerrat an diesem Match mitmachen würde. Eine offizielle Information haben wir noch nicht erhalten, aber das wird sicher noch folgen. Dann möchte ich natürlich noch auf das nächste Wochenende hinweisen, wo wieder "Musig i de Altstadt" in Aarau stattfindet. Ich hoffe natürlich, möglichst viele von Ihnen dabei anzutreffen. Wie ich schon gesagt habe, sind wir heute Abend in der ehemaligen Zschokke-Villa. Diese Villa wurde 1818 gebaut. Heinrich Zschokke ist dann auch mit seiner grossen Familie und den vielen Kindern hier eingezogen. Ich habe vorhin etwas herumgefragt, wer noch Erinnerungen an diese Villa hat, denn seit 2008 beheimatet sie ja das Zentrum für Demokratie. Vorher war die Pädagogische Fachhochschule hier. Davor war die Villa in Privatbesitz bei einer Familie Oehler. Da habe ich natürlich gleich bei unserem Einwohnerratsmitglied Christian Oehler nachgefragt. Er hat mir noch eine kleine Anekdote erzählt. So würde erzählt, dass dort hinten im Gartenhaus ein Krokodil gehalten worden sei. Ob das stimmt oder nicht, weiss ich nicht. Ich glaube, heute ist es nicht mehr dort, aber es ist wirklich ein sagenumwobenes Haus.

Die Präsidentin gibt die Entschuldigung bekannt.



Traktandum 2

65. Inpflichtnahme von Leona Klopfenstein als neues Ratsmitglied (anstelle von Hans Fügli)

Lelia Hunziker, Präsidentin: Das Wahlbüro der Stadt Aarau hat **Leona Klopfenstein** mit Entscheidung vom 28. Juni 2016 als gewählt erklärt. Sie hat die Wahl angenommen.

Die Vorsitzende verliest die Gelöbnisformel gemäss § 3 des Geschäftsreglementes.

Leona Klopfenstein leistet das Gelöbnis durch Nachsprechen der Worte: "*Ich gelobe es*".

Das neue Mitglied des Einwohnerrates stellt sich danach mit eigenen Worten kurz vor.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Ich heisse Leona Klopfenstein herzlich im Einwohnerrat willkommen und ich wünsche ihr eine interessante Zeit.



Traktandum 3

66. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 (anstelle von Christoph Waldmeier)

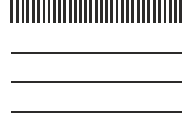
Lelia Hunziker, Präsidentin: Als neues Mitglied der FGPK schlägt die Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP Einwohnerrat Peter Jann, GLP, vor. Zu diesem Vorschlag liegen keine Wortmeldungen vor.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Nachdem keine weiteren Wahlvorschläge gemacht werden, erfolgt die schriftliche Wahl.

Wahlergebnis

<i>Ausgeteilte Wahlzettel</i>		49
<i>Eingelangte Wahlzettel</i>		49
<i>Ausser Betracht fallende Wahlzettel:</i>	- ganz leere	1
	- ungültige	0
<i>In Betracht fallende Wahlzettel</i>		<u>48</u>
<i>Anzahl der zu Wählenden</i>		1
<i>In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden =</i>		48
<i>Total der möglichen Stimmen</i>		
<i>Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen</i>		<u>0</u>
<i>Gesamtzahl der gültigen Stimmen</i>		48
<i>Absolutes Mehr</i>		25
<i>(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2, aufgerundet auf die nächste ganze Zahl)</i>		
<i>Stimmen haben erhalten:</i>		
<i>Peter Jann</i>		48
 <i>Es ist gewählt:</i>		
<i>Peter Jann</i>		48

Die Präsidentin gratuliert Peter Jann zu seiner Wahl.



Traktandum 4

67. Anfrage

Es liegen keine beantworteten Anfragen vor.



Traktandum 5
GV 2014 - 2017 / 262

68. Erweiterung Primarschule, Kindergarten Gönhard, Baukredit

Mit Botschaft vom 20. Juni 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden

Antrag: *Der Einwohnerrat möge den Baukredit für die Erweiterung der Primarschule und des Kindergartens Gönhard in der Höhe von Fr. 7'209'000.-- inkl. MwSt., zzgl. teuerungsbedingter Mehrkosten (Stand 1. Oktober 2015), bewilligen.*

Lelia Hunziker, Präsidentin: Die FGPK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 9. August besprochen.

Daniel Siegenthaler, Präsident der FGPK: Die Ausgangslage und die Eckpunkte der Vorlage sind die folgenden: das Schulraumprogramm, welches die Richtlinie darstellt und die Grundlage für das neue Schulhaus und die Sanierung ist, und die Vorgaben im energetischen Bereich. Eine Unterkellerung sowie eine spätere Aufstockung waren bereits im Auftrag ausgeschlossen. Vorgesehen ist eine Komfortlüftung im Neubau und nicht im Sanierungsbau. Bei der Beratung der Vorlage wurden verschiedene Punkte in der Kommission angesprochen. Ich möchte nun auf ausgewählte Punkte näher eingehen: Der Raumbedarf der Heilpädagogik ist gestiegen. Begründet wurde das damit, dass im Rahmen der letzten Schulreform die Schulische Heilpädagogik ausgebaut worden sei. Im Moment findet die Betreuung dieser Kinder in den Gängen statt. Man braucht also mehr Räume für die Heilpädagogik. Auf eine Dachbegrünung wird verzichtet, weil dies Auswirkungen auf die Dachkonstruktion und somit auf die Kosten hat. Unter den bestehenden Bäumen wäre eine Dachbegrünung auch nicht ohne regelmässigen Unterhalt möglich. Bezüglich der Lüftung wurde darauf hingewiesen, dass sich auch in Räumen, welche nicht belüftet werden, Bakterien weiterverbreiten. Die Komfortlüftung führt entsprechend Frischluft in den Raum. Bei richtigem Unterhalt und korrekter Bedienung würden sich weniger Krankheitserreger im Raum verteilen. Die Mehrkosten beim Minergie-Standard betragen rund 10 %. Im Betrieb verursacht zwar die Lüftung etwas Mehrkosten, aber mit der Wärmerückgewinnung werden Heizkosten eingespart. Zu den Baukosten ist von der Kommission bemerkt worden, dass die Steigerung gegenüber der Grobkostenschätzung nicht 20 %, sondern 24 % beträgt. Man hätte früher merken sollen, dass hier die Kosten zu tief angesetzt worden sind. Es wurde uns erläutert, dass ein spezialisiertes Büro damit beauftragt worden sei, einen Vergleich der Baukosten der in Frage kommenden Projekte zu machen. Der Kostenvergleich wurde von bestimmten Annahmen gemacht. Diese Annahmen lagen zu tief. Verschiedene Punkte haben dazu geführt, dass diese Kosten nachher deutlich höher ausgefallen sind. Es wurde uns gesagt, dass das Problem erkannt worden sei beim Stadtbauamt, sodass das so nicht mehr vorkommen sollte. In der allgemeinen Diskussion sind verschiedene Punkte erwähnt worden: Das vorliegende Projekt erscheint insgesamt ökonomisch. Die Mehrleistungen sollten aber detailliert ausgewiesen werden, damit nicht unnötige Diskussionen entstehen. Die Gesamtkosten sind relativ hoch. Es ist aber positiv, dass bei der Sanierung des Kindergartens auf den



Minergie-Eco-Standard verzichtet wird. Die Raumaufteilung scheint so, wie das Projekt jetzt aufliegt, stimmig zu sein. Die Kostenentwicklung kann nachvollzogen werden. Der Gestaltung des Aussenraums muss eine besondere Beachtung geschenkt werden. Man kann aber nicht verstehen, wie diese Unterschiede zwischen der Grobkostenschätzung und dem Baukredit entstehen konnten. Insgesamt empfiehlt die FGPK dem Rat, die stadträtliche Vorlage anzunehmen, und zwar mit 8 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Bei diesem Geschäft liegt ein Abänderungsantrag der FDP-Fraktion vor mit folgendem Wortlaut:

Der Einwohnerrat möge den Baukredit für die Erweiterung der Primarschule und des Kindergartens Gönhard bewilligen analog vorliegendem Antrag des Stadtrates, abzüglich der prognostizierten Erstellungs- und Planungskosten für eine Photovoltaikanlage gemäss den entsprechenden Positionen im aufliegenden Kostenvoranschlag. Es sind dies die Positionen:

BKP 231.51 Photovoltaikanlagen	Fr. 65'000.00 inkl. MwSt.
BKP 296.9 Planung Photovoltaikanlagen	Fr. 10'000.00 inkl. MwSt.
Die den Antrag betreffende, abzuziehende Summe	Fr. 75'600.00 inkl. MwSt.

Daraus folgt die neu zur Bewilligung empfohlene Summe in der Höhe von Fr. 7'209'000.00 minus Fr. 75'600.00 = Fr. 7'133'400.00 inkl. MwSt., zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten (Stand 1. Oktober 2015).

Wir werden den Abänderungsantrag und die Botschaft gleich zusammen diskutieren.

Rainer Lüscher: Wie Sie bereits in der Begründung lesen konnten, setzt die Stadt Aarau seit 2011 in stadteigenen Bauten und für die öffentliche Beleuchtung Eagle Power ein. Das hat man bewusst und vorbildlich machen wollen, um ökologischen Strom bzw. erneuerbare Energie einzusetzen, und zwar praktisch CO₂-frei. Alle Aarauer Häuser haben diesen Strom. Aus meiner Wahrnehmung heraus kann man also mit gutem Gewissen auf eine Photovoltaikanlage verzichten. Das wäre eine Doppelspurigkeit. Es wäre etwas anderes, wenn sie für schulische Zwecke gebaut würden und die IBAarau AG das machen möchte, aber dann müsste sie nicht in diese Rechnung. Es ist wichtig, dass man immer daran denkt, dass Bauten von der Stadt von vornherein mit ökologischem Strom laufen. Das ist zum Beispiel auch bei der Veloparkieranlage in Aarau so. Dort kann das Velo mit Eagle Power geladen werden und es wurde auch dort aus diesem Grunde auf eine photovoltaische Einrichtung verzichtet. Deswegen habe ich diesen Abänderungsantrag so formuliert. Ich war da auch grosszügig mit dem Aufschreiben dieser BKP-Punkte. Es hat kein Honorar oder andere Sachen darin. Mir scheint das so ein fairer Abzug zu sein.

Markus Hutmacher: Mit einem lachenden und einem weinenden Auge haben wir das vorliegende Projekt zur Kenntnis genommen. Wir sind froh, dass das Vorgängerprojekt mit einer "integrierten FuSTA" durch den Einwohnerrat zurückgewiesen wurde, weil dadurch erst die vorliegende, reduzierte Lösung möglich geworden ist. Das vorliegende Projekt entspricht in seinem Volumen und seiner sorgfältigen architektonischen Ausarbeitung der bestehenden Schulanlage. Es komplettiert



die bestehende Anlage sinnvoll, verbraucht aber gleichzeitig die letzten möglichen Flächen für Erweiterungsbauten. Dies ist aber auch der erwähnte Wermutstropfen, da durch diesen Neubau kein Platz mehr bleibt, um eine weitere, eigentlich notwendige Turnhalle zu bauen. Das vorliegende Projekt überzeugt uns durch den sorgfältigen, aber auch pragmatischen Umgang mit den Anforderungen an ein Schulhaus und an einen Kindergarten. Für uns ist es selbstverständlich, dass die Stadt sämtliche gesetzlichen Anforderungen, wie zum Beispiel den behindertengerechten Zugang, erfüllt. Auch ist es klar, dass heute ein Neubau so energieeffizient wie möglich gebaut wird. Trotzdem können wir akzeptieren, dass im bestehenden Kindergarten auf eine kontrollierte Gebäudelüftung verzichtet wird, da dieses Gebäude, bedingt durch die Vorgaben des Denkmalschutzes, sowieso nie die höchsten Anforderungen erfüllen kann. Weiter verstehen wir auch, dass für ein so kleines Gebäude eine kontrollierte Lüftung als unverhältnismässig beurteilt wird. Gerade auch dieser Verzicht zeigt uns auf, dass die Stadt nach vernünftigen und eben nicht luxuriösen oder verschwenderischen Standards baut. Entsprechend werden wir den Antrag der FDP, auf die Photovoltaikanlage zu verzichten, ablehnen. Diese Anlage entspricht der Energiestrategie der Stadt Aarau, welche durch den an der Urne angenommenen Gegenvorschlag zur ESAK-Initiative begründet worden ist. Irgendwie finden wir es schon ziemlich bemühend, dass bei jedem Bauprojekt aus den bürgerlichen Fraktionen Abänderungsanträge gestellt werden, mit welchen die Umsetzung dieser Energiestrategie verhindert werden soll. Aber auch wir sind kostenbewusst und deshalb der Meinung, dass auf die Einfriedung des Kindergartens verzichtet werden soll. Nebst dem finanziellen Aspekt sprechen vor allem folgende Gründe für einen Verzicht: Der Zugang zum Kindergarten wird weiterhin von der Dufourstrasse her erfolgen. Diese liegt, wie das ganze Quartier, in einer Tempo 30-Zone und lässt alleine durch ihre Ausgestaltung kein schnelles Fahren zu. Entsprechend ist der Zugang zum Kindergarten sicher und die Unfallgefahr wie bis anhin gering. Wenn die Verkehrssicherheit um das Gönhardschulhaus noch mehr verbessert werden soll, wäre es wohl sinnvoller, wenn auf allen umfahrenden Strassen eine Begegnungszone signalisiert und die Elterntaxis vermehrt unterbunden würden. Weiter sind wir der Meinung, dass öffentliche Gebäude eben für alle Bewohner der Stadt zugänglich und öffentlich sein sollten. Entsprechend sollten Einfriedungen, Mauern und Tore nur in absoluten Ausnahmefällen gebaut werden. Noch eine letzte, kleine Bemerkung: Wir würden es begrüßen, wenn bei solchen Vorlagen, wie früher jeweils üblich, wenigstens die wichtigsten Pläne im Anhang vorhanden wären.

Margrit Stüssi: Ein schönes Projekt liegt vor, der Erweiterungsbedarf ist ausgewiesen, aber wie immer geht es nun um die Kosten. Das sind wir uns ja bereits gewohnt. Der Baukredit ist mit 24 % höher berechnet, als die Grobkostenschätzung. Das haben wir auch schon gehört. Dies ist inakzeptabel und erinnert an Situationen bei der KEBA und bei anderen, früheren Schulprojekten. Es stellt sich für uns die Frage, ob hier die richtige Unternehmung für dieses Projekt eingesetzt wurde: eine Unternehmung, welche offenbar keine oder zu wenig Kenntnisse über die Verhältnisse und die Bedürfnisse in Aarau besitzt und unserer Meinung nach nicht seriös gearbeitet hat. Und offenbar wurde die Eingabe auch durch das Stadtbauamt ungenügend geprüft und beurteilt. Diese Vorgehensweise ist für die FDP fragwürdig. Wir fragen uns auch, was uns denn noch bevorsteht, ob jetzt alles enthalten ist oder mit welchen weiteren Kosten wir zu rechnen haben. Jetzt können wir nur noch versuchen, den Schaden zu minimieren, indem wir nicht zwingend Notwendiges aus dem Baukredit streichen. Da verweise ich auf den Antrag unserer Partei. Und noch ein kleiner Hinweis: Die FDP wird keinen späteren Kostenerhöhungen zustimmen.



Barbara Schönberg von Arx: Das veränderte Schulmodell 6/3, die steigenden Schülerzahlen, die Anforderungen der Schulischen Heilpädagogik, der Bedarf an Gruppen- und Fachräumen, unter anderem Musikzimmer, welche den Namen Musikzimmer auch verdienen, machen eine Erweiterung ohne Wenn und Aber notwendig. Mit dem Modell, für das wir nun den Baukredit zu sprechen haben, lassen sich viele Anforderungen verschiedenster Natur erfüllen. Städtebaulich fügt sich der Neubau in die Schulanlage und das Quartier ein. Es wird Raum geschaffen für die Heilpädagogik, damit dieser Unterricht nicht mehr in den Gängen erfolgen muss, für die Musikschule und für die Lehrerschaft. Mit der Minergie-Eco-Zertifizierung werden Komfort, Energieeffizienz, Gesundheit und Bauökologie im Projekt in massvoller und wertvoller Art umgesetzt. Die Umgebungsgestaltung mit diesen verschiedenen, kleinen Räumen kommt den Bedürfnissen der Kindergärtler und Schüler entgegen. Zwei Punkte möchte ich speziell hervorheben: Dass der Baukredit um einen beträchtlichen Betrag höher ist, als ursprünglich vorgesehen, ist unschön. Wir sind den Verdacht nicht ganz losgeworden, dass die ursprüngliche Summe planerisch unter dem zur Abstimmung führenden Sollbetrag von 6 Mio. Franken präsentiert werden musste. Aber so ist die Politik. Jede Seite macht das Beste daraus. Wir anerkennen, dass auch andere Punkte zur Verteuerung geführt haben, und nicht nur die Berücksichtigung bezüglich Abstimmung. Insgesamt ist es ein gewinnendes Objekt und wir unterstützen das. Etwas Persönliches möchte ich noch anfügen: Der Neubau passt zu den denkmalgeschützten Gebäuden, und das ist lobenswert. Grundsätzlich bedaure ich es aber, dass ein Schulhaus, das betrieben wird, denkmalgeschützt sein soll. Ich weiss, es ist ein kantonal geschütztes Areal. Ich persönlich wünschte mir, dass die Kinder in Räumen, welche zeitgemäss sind und die Zukunft vorwegnehmen, in die Schule gehen könnten. Ich bin überzeugt, dass der Raum auf die Schüler zurückwirkt und die Schüler auf den Raum. Ich würde mir in Zukunft wünschen, dass wir darauf achten.

Libero Taddei: Und wieder einmal mehr stehen wir vor einem gigantischen Kostenmehraufwand, als das, was wir eigentlich ausgeben wollten. Das Ganze jetzt schönreden zu wollen, gelingt nicht. Unumstritten ist, dass der Bedarf für die Sanierung und die Erweiterung ausgewiesen ist. Aber es kann nur die öffentliche Hand sagen, dass sie 5,8 Mio. Franken ausgeben möchte und es nachher 7'209'000 Franken sind. Da greifen wir den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern wieder schön in den Geldbeutel hinein und geben einfach mehr aus. Das kann doch nicht sein. Aber das Geld so auszugeben, ist wahrscheinlich etwas, das in der Natur liegt, wenn man es nicht selber bezahlen muss. Wenn ich ein Häuschen für 580'000 Franken bauen möchte, das mit der Bank so absprechen würde und nachher käme und sagen würde, es koste jetzt 720'000 Franken, würde mich der Bankfachmann zum Architekten schicken und sagen, wir sollten schauen, den Bau in der Kredithöhe hinzubringen, welche die Bank mir zugesichert hatte. Ich könnte es nicht so ausgeben. Ich bin auch kein Baufachexperte. Solche sind genügend vorhanden. Aber in der Vorbereitung des Geschäftes, für welches wir ja einmal einen Kredit gesprochen haben, gab es ja Fachkräfte, welche das Ganze vorbereiten mussten. Da stelle ich mir wirklich die Frage, wer seine Hausaufgaben nicht richtig gemacht hat. Natürlich sagt man jetzt, dass das in Zukunft nicht mehr so passieren sollte. Wer's glaubt? Wir wollen dieses Geschäft heute Abend auf keinen Fall verhindern. Es ist an der Zeit, dass es vorwärts geht und man zu einem Abschluss kommt. Es ist aber auch eine Tatsache, dass wir in den nächsten 30 Jahren 490'000 Franken jährlich, also ein Steuerprozent, dafür einsetzen müssen. Es sind zudem zwei Steuerprozent, welche wir für die Mehrkosten bezahlen müs-



sen. Das ist eine saftige Ausgangslage. Langer Rede, kurzer Sinn: Mir kommt es einfach so vor, dass bei allen Bauten und Renovationen, welche wir da haben, am Schluss noch eine goldene Krone aufgesetzt werden muss. Ich habe es schon einmal gesagt, als es um das Gönhardschulhaus ging: Wir können alle den Frosch dort oben küssen, aber es wird kein Prinz und auch keine Prinzessin hervorkommen. Es ist aber eine Tatsache, und das konnte auch in der Presse gelesen werden, dass diese Kröte am Schluss geschluckt werden muss. In unserer Fraktion sind wir nicht einheitlicher Meinung. Es wird Enthaltungen und eine Ablehnung geben. Den Antrag der FDP werden wir unterstützen.

Gabriela Suter: Die SP-Fraktion unterstützt einstimmig den Baukredit für das neue Primarschulhaus im Gönhard. Den Abänderungsantrag lehnen wir ebenfalls einstimmig ab. Auch wir sind natürlich über die hohen Kosten gestolpert. Es ist fast ein Viertel mehr, als die Kosten für diese Sanierung und Erweiterung ursprünglich geplant waren. Das finden wir ebenfalls ganz schlecht und wir bitten die Verantwortlichen, in Zukunft genauer Kontrolle zu führen. Wir sind sehr froh über die Erweiterung, und zwar aus folgenden Gründen: Es wird baubiologisch wirklich vorbildlich gebaut werden. Es wird energieeffizient sein und man wird schauen, dass ein Mix aus erneuerbaren Energien zugezogen wird, um dort beispielsweise zu heizen. Wir unterstützen den Abänderungsantrag nicht, und zwar aus folgenden Gründen: Einerseits sind wir die Energiestadt Aarau. In der Gemeindeordnung liegt der Beschluss vor, dass die 2000-Watt-Gesellschaft erreicht werden soll. Das beinhaltet, dass wir energieeffizient sind und auch für die Privaten eine Vorbildfunktion einnehmen. Es sollen unterschiedliche, erneuerbare Energien eingesetzt werden, also nicht nur einheitlich Wasserkraft, sondern eben vielfältige Energien. Ab und zu soll energetisch auch auf etwas verzichtet werden. Unsere Energiestrategie ist eigentlich klar. Wir haben den Massnahmenplan, welcher nächstens kommen wird. Wir sehen absolut nicht ein, weshalb wir jetzt 1 % der Baukosten sparen möchten, indem man die Photovoltaikanlage aus der Vorlage streichen will. Mir ist vorhin beim Referat von Rainer Lüscher etwas nicht ganz klar geworden. Er hat gesagt, wenn man etwas mit der IBAarau AG machen könnte, dann solle man das doch machen. Aber dann bräuchte es die ganze Planung ja trotzdem, das muss man schon sehen. Es müssten beispielsweise Leerrohre gelegt werden, damit man dann später etwas Entsprechendes ergänzen könnte. Es ist ja auch angedacht, dass die Photovoltaik im Dach integriert wäre. Entsprechend bräuchte es ja auch eine Abänderung des ganzen Bauprojekts, wenn man die Photovoltaikanlage herausstreichen würde. Ich komme nun noch zu zwei Punkten, welche nicht direkt zum Baukredit gehören, aber zum Schulhaus und der Umgebung: Wir haben einerseits den Wermutstropfen mit der FuSTA, welche nach wie vor nicht gelöst ist. Es ist ein Provisorium. Ende letzter Woche haben wir auch wieder das Budget mit dem Investitionsprogramm erhalten. Jetzt ist auf 2026 ff. geplant, dass die FuSTA definitiv kommen würde. Das würde heissen, dass man also für die FuSTA im Gönhardschulhaus 20 Jahre lang ein Provisorium hätte. Wir finden das viel zu spät und so war es eigentlich wirklich nicht abgemacht. Wir haben darauf gepocht, dass man das FuSTA-Projekt zwar aus der Schulanlage herausnimmt, aber dass man eine gute, nahe Lösung im Gönhardquartier finden würde, und zwar nicht erst 20 Jahre später. Hier erwarten wir, dass dieses Projekt wieder ins Investitionsprogramm aufgenommen wird, und zwar eben auch etwas früher. Der zweite Punkt betrifft die Parkplatzsituation. Auch das habe ich schon einige Male angesprochen. Im Moment ist das Gönhardschulhaus mit Parkplätzen überdotiert. Es bräuchte eigentlich viel weniger, als definitiv ausgewiesen sind. Im Moment sind es 14 Parkplätze. Es steht zwar ein Provisorium darauf, aber



das kommt dann wieder weg, wenn die Erweiterung bezogen werden kann. Wir möchten gerne, dass man da auch im Rahmen der Umgebungsgestaltung wirklich noch einmal prüft, ob dort nicht auf ein paar Parkfelder verzichtet werden könnte. Im Übrigen möchten wir dem Stadtrat auch noch mitgeben, dass man jetzt doch gerne diese Parkplätze, wie es der Einwohnerrat bereits beschlossen hat, kostenpflichtig für die Lehrpersonen macht, und zwar möglichst bald. Das ist irgendwo in der Pipeline, aber man weiss es noch nicht so genau. Wie gesagt, unterstützen wir dieses Bauvorhaben einstimmig.

Ueli Hertig: Der Stadtrat beantragt einen Baukredit für die Erweiterung der Primarschule und des Kindergartens im Gönhard. Pro Aarau wird dem Baukredit in der Höhe von rund 7.2 Mio. Franken zustimmen. Es ist städtebaulich und architektonisch ein gelungenes Projekt. Ich möchte noch kurz auf die Kostenermittlung eingehen. Wenn Wettbewerbsbeiträge durch einen Kostenplaner auf die Wirtschaftlichkeit untersucht werden, sind diese Kosten nicht relevant für den Projektierungs- oder Baukredit, sondern nur, um die Projekte miteinander zu vergleichen. Normalerweise wird dies mit der Elementkostenmethode (Boden, Wand, Decke, Fenster, Dach) ermittelt. Der Kostenplaner kennt normalerweise weder die Geologie noch die Werkleitungsanschlüsse und auch nicht den Ausbaustandard. All dies hat aber einen erheblichen Einfluss auf die Gesamtkosten. In der Projektphase wird deshalb ein detaillierter Kostenvoranschlag ausgearbeitet. Dieser kann schnell 20 % bis 25 % höher liegen, als die Zahl, welche die Kostenplaner ermittelt haben. Es braucht deshalb aus unserer Sicht nicht Seiten voll von Listen, um die Abweichungen von der Kostenschätzung zum Baukredit zu rechtfertigen. Wenn schon müsste mehr Aufwand für die Ermittlung des Projektierungskredites eingesetzt werden.

Lukas Häusermann: Ich möchte im Namen der CVP-Fraktion noch etwas zum Abänderungsantrag der FDP sagen. Vielleicht mögen sich einige von Ihnen noch an die Erweiterung des Telli-Schulhauses erinnern. Dort haben wir dieses Thema auf Initiative des Einwohnerrates ebenfalls diskutiert. Die Haltung des Einwohnerrates war damals, dass man zwar eine PV-Anlage wollte, diese die Stadt aber nicht selber betreiben soll. Ich war deshalb etwas erstaunt, dass im vorliegenden Fall die Anlage nun auf eigene Kosten betrieben werden soll. Ich war noch mehr erstaunt, als ich in der Aktenaufgabe gesehen habe, dass die IBA bereit wäre, wenn die Stadt die PV-Anlage nicht selber betreiben will, selber die Finanzierung und den Betrieb zu übernehmen. Es würde durchaus Sinn machen, dass die IBA die Anlage betreiben würde, weil wir hier nicht nur von zwei bis drei Panels sondern von einer ganzen Anlage sprechen, welche auch unterhalten werden muss. Es dürfte keinen Sinn machen, den Leuten, welche für den Unterhalt der Schulanlage verantwortlich sind, auch diese Arbeit noch aufzubürden. Deshalb unterstützt auch die CVP-Fraktion den Antrag der FDP, überhaupt nicht in dem Sinne, dass wir die PV-Anlage nicht wollen, sondern einfach nicht finanziert und betreut durch die Stadt Aarau. So wie ich Rainer Lüscher vorhin verstanden habe, ist dies auch nicht unbedingt die Meinung der FDP. Ich bitte Sie ebenfalls, den Antrag der FDP zu unterstützen

Alexander Umbricht: Gerne äussere ich mich ebenfalls zur PV-Anlage. Zum Votum von Rainer Lüscher: Es stimmt, wir haben Eagle-Power, das war ja sein Antrag, wofür ich sehr dankbar bin. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es nicht nur darum geht, welchen Strom man einsetzt, sondern auch welcher Strom produziert wird. Momentan wird in der Schweiz, grob geschätzt,



60 % Wasserstrom und 40 % Atomstrom produziert. Der konsumierte Strom ist noch deutlich "schmutziger". Da kommt noch einiges an Kohle-Strom dazu und man verkauft auch einiges des schönen Stromes. Ich finde, es macht auch Sinn, erneuerbaren Strom zu produzieren. Dann hat es auch mehr für andere. Wir wissen, dass irgendwann in der Schweiz der Atomstrom ausgehen wird, weil die Atomkraftwerke abgestellt werden, je nach politischer Haltung etwas früher oder später. Mühleberg wird schon bald vom Netz gehen. Ich finde es deshalb sinnvoll, wenn man eine einfache Art nutzt, Strom zu produzieren, an einem Ort, wo so oder so schon ein Gebäude steht. Ich spreche mich ganz klar für die Photovoltaikanlage aus. Ich habe in diesem Zusammenhang noch zwei Fragen an den Stadtrat. Es geht einerseits um die Bemerkung von Lukas Häusermann: Würde die IBA die Anlage selber bauen? Dann sehe ich auch keinen Grund, weshalb die Stadt 70'000 Franken für die Anlage bezahlen soll. In der Botschaft steht zudem: "Zudem kann mit dem Stromertrag der PV-Anlage ein jährlicher Reingewinn von rund 1'600 Franken erzielt werden." Ich nehme an, dass es nicht um den Gewinn der Anlage pro Jahr, sondern um den reinen Stromverkaufspreis geht. Dies ist nicht ganz klar. Wenn es der Gesamtgewinn wäre, dann müsste man die Anlage unbedingt bauen. Ich komme zu einem etwas anderen Schluss als Lukas Häusermann. Ich bin der Meinung, dass wir den ganzen Kredit bewilligen sollten, vorbehaltlich (wie das auch beim Telli-Schulhaus der Fall war), dass bei einer Übernahme der Anlage durch die IBA der Kredit gestrichen werden kann. Wenn die IBA die Investition nicht übernehmen würden, dann würde die Stadt die Anlage bauen. Ich empfehle, dem Antrag der FDP so nicht zuzustimmen, aber sehr gerne auf die Investition zu verzichten, wenn die IBA diese übernimmt. Dies wäre aus meiner Sicht auch die richtige Lösung.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Ich stelle an Markus Hutmacher noch die Frage, ob die Bemerkung bezüglich dem Zaun als Antrag zu behandeln ist.

Markus Hutmacher bestätigt, dass er keinen Antrag diesbezüglich gestellt hat.

Werner Schib, Stadtrat: Ich danke Ihnen für die grundsätzlich positive Aufnahme dieses Geschäftes. Es wurde gesagt, dass es sich um ein sorgfältiges Projekt handelt. Der Stadtrat ist davon überzeugt, dass es sich um ein zukunftsfähiges Projekt handelt: nachhaltige Bauweise, Holzsystembau, Minergie-Eco. Wir haben sicher ein gutes Schulhaus mit optimalen Lichtverhältnissen aufgrund der Dachform. Es ist auf dem neusten Stand der Technik (Steckdosen, Leitungen, Smartboards). Wir haben sehr hohe Anforderungen an den Schallschutz gestellt. Wir wollten das so, weil im Gebäude neben Schulzimmern auch Musikzimmer und Kindergartenabteilungen untergebracht sind. Es ist klar, dass das alles etwas kostet, es kostet viel. Es wurde erwähnt, dass wir den Steuerzahler belasten, er bekommt aber auch etwas dafür. Man muss es klar sagen: wir stellen hier keine Luxusbauten auf. Wir bauen aber etwas, das für Generationen von Aarauer Schülerinnen und Schülern halten soll. Es wäre falsch, wenn wir ein Schulhaus in Betrieb nehmen würden, das von Anfang an bezüglich der technischen Einrichtungen veraltet wäre oder wenn man es nach 10 Jahren nachrüsten müsste, weil der Schallschutz ungenügend wäre. Ueli Hertig hat die Problematik der Grobkostenschätzung angesprochen. Er hat das perfekt erklärt, ich könnte es nicht besser. Das Problem bleibt aber, dass wir die Zahl, welche sich aus dieser Wettbewerbs-Vergleichsschätzung ergab, in den Politikplan eingesetzt haben. Mit dieser Zahl wurde gerechnet und diese wurde dem Einwohnerrat kommuniziert. Dies ist unbefriedigend und soll bzw. darf nicht mehr so



vorkommen. Das Problem wurde erkannt und der Stadtrat hat dem Stadtbauamt den Auftrag erteilt, Grobkostenschätzungen, welche in den Politikplan Eingang finden, präziser auszuarbeiten. Dazu muss von Anfang an der Standard transparent definiert werden. Gabriela Suter hat noch zwei Punkte zum FuSTA-Provisorium angesprochen. Es ist klar, dass, wenn der Parkplatz wieder an den bisherigen Standort kommt, die Frage bezüglich des Provisoriums ebenfalls gelöst werden muss. Es wird auch weiterhin FuSTA geben. Bezüglich der Parkplätze ist es so, dass es sehr viele Lehrer/-innen gibt, welche Teilpensen haben und an verschiedenen Orten Schule geben. Diese sind auf das Auto angewiesen. Der Bedarf und die Ermittlung der Anzahl Parkplätze werden sicher noch einmal angeschaut. Klar ist, dass im Perimeter an der Dufourstrasse wieder ein Spielplatz entsteht. Dies ist auch Teil dieses Bauprojektes. Zum Abänderungsantrag der FDP: Es ist richtig, dass wir den Eagle-Power-Strom in der Stadt einsetzen. Dies heisst aber nicht, dass die stadteigenen Bauten und die öffentliche Beleuchtung mit Öko-Strom betrieben werden. Der Bedarf ist grösser, der Öko-Strom reicht dafür nicht aus. Wir haben uns noch bei der IBA erkundigt und die Auskunft erhalten, dass rund 75 % des Strombezuges der Stadt Aarau immer noch aus nicht erneuerbarer Energie stammt. Deshalb ist es aus Sicht des Stadtrates wichtig, dass wir erneuerbaren Strom produzieren, wie dies mit dieser Photovoltaikanlage vorgesehen ist. Wir haben das Label Energiestadt und wir haben uns in der Gemeindeordnung zur 2000-Watt-Gesellschaft verpflichtet, weshalb wir überzeugt sind, dass es auch hier ein Bekenntnis zur Energiestadt braucht. Deshalb soll die Stadt die Photovoltaikanlage selber bauen. Es ist allerdings richtig, dass die IBA bereit ist, die Anlage zu realisieren, falls die Stadt dies nicht macht. Dies zeigt wahrscheinlich auch, dass die Anlage so unrentabel nicht sein kann. Zur Frage von Alexander Umbricht: Es handelt sich um den Gewinn aus dem Strom. Man kann aber keine genaue Berechnung machen, weil man nicht weiss, wie sich der Strompreis entwickelt. Es ist aber sicher nicht so, dass es eine völlig sinnlose und riskante Investition ist. Eine Präzisierung zum Antrag der FDP: Richtigerweise müssten nur 65'600 Franken gestrichen werden, weil die Planungskosten bereits im Projektierungskredit enthalten sind. Darüber wird heute nicht abgestimmt. Ein Teil der Planungskosten wurde schon ausgegeben und man rechnet mit Kosten von rund 6'000 Franken. Ich empfehle daher, den Antrag auf 65'600 Franken zu ändern.

Rainer Lüscher: Ich habe schon noch eine Frage an den Stadtrat: Wir haben im Jahre 2011 einmal bestimmt, bei stadteigenen Bauten und für die öffentliche Beleuchtung Eagle Power zu nehmen. Ich weiss nicht, ob 3/4 des Stromes noch für Kabelrollen oder andere Sachen draussen gebraucht werden. Mir scheint diese Zahl schon etwas unrealistisch zu sein. Ich würde der Zahl aus dem vorherigen Votum von Stadtrat Werner Schib natürlich gerne Folge leisten. Ich wollte da nicht alles aufführen. So sind zum Beispiel auch Elektrikerarbeiten nicht aufgeführt. Das ganze Tableau usw. ist nicht in der photovoltaischen Einrichtung enthalten. Das Tableau braucht mehr Abgänge, aber ich gehe gerne auf seinen Vorschlag so ein.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Dann würde der Abänderungsantrag der FDP also jetzt einen Betrag von 65'600 Franken enthalten.

Markus Hutmacher: Wenn ich es richtig verstanden habe, lautet der Antrag der FDP, dass auf diese Anlage verzichtet werden solle. Es kommt im Abänderungsantrag nichts von der IBAarau AG vor. So gesehen denke ich, dass die linke Ratsseite diesem Begehren nicht zustimmen kann, auch



wenn man das Argument, dass die IBA das besser betreiben könnte, nachvollziehen kann. Entweder formuliert die FDP diesen Antrag so, dass wir auch Ja sagen können, oder sonst müssen wir halt Nein sagen, es tut mir leid.

Rainer Lüscher: Dieser Antrag hat überhaupt nicht den Charakter, dass man gegen eine photovoltaische Einrichtung wäre. Er hat nur den Charakter, dass wir in dieser Energiesparstrategie nicht doppelspurig fahren. Entweder fährt man so, wie wir im Jahre 2011 gesagt haben, nämlich mit Eagle Power und sonst muss man diese Eagle Power Einrichtung halt wieder abändern. Aber Ihre ESAK-Initiative sagt nicht explizit etwas aus dazu. Die andere Motion von mir sagt aber, dass alle stadteigenen Bauten und die öffentliche Beleuchtung mit Wasserstrom betrieben werden müssen. Solange das so ist, muss man von der Stadt her nicht auch noch etwas anderes machen. Das ist die Idee.

Werner Schib, Stadtrat: Ich möchte noch etwas zum Votum von Rainer Lüscher sagen: Wenn Eagle Power eingekauft wird, hat man noch keine Garantie, dass man auch nur erneuerbare Energie erhält.

Rainer Lüscher: Als Motionär dieser Eagle Power-Motion war ich moralisch auch verpflichtet, sofort zuhause solchen Strom zu beziehen. Da habe ich mich informiert. Damals hat man wirklich appelliert, dass fast niemand solchen Strom beziehe und es habe noch viel davon. Das ist jetzt auch schon vier Jahre her. Es wäre schön und erfreulich, wenn die Energieanteile Wasser erschöpft wären. Dann ziehe ich diesen Antrag sofort zurück, aber so ist es nicht. Es hat also immer noch ein rechtes Potential für Wasserkraft.

Gabriela Suter: Mir ist nicht klar, was passiert, wenn wir diesem Abänderungsantrag jetzt zustimmen. Heisst das, dass es 100-prozentig garantiert ist, dass die IBAarau AG dann eine Photovoltaikanlage dort auf das Gönhardschulhaus hinaufstellen wird? Ich glaube nicht, dass das 100-prozentig garantiert ist. Wenn das nicht garantiert ist, kann es dann eben sein, dass anstelle einer Photovoltaikanlage Dachziegel oder irgendetwas auf das Dach gemacht werden müssen, was ja auch wieder Kosten generiert. Wir möchten gerne eine Photovoltaikanlage auf dem Dach des neuen Schulhauses haben. Aus diesem Grunde nehme ich jetzt einmal an, dass wir den Abänderungsantrag nach wie vor nicht unterstützen werden, es sei denn, es läge heute eine Zusicherung vor, dass die IBAarau AG diese Photovoltaikanlage realisieren würde.

Lukas Häusermann: Ich glaube, es geht prinzipiell darum, ob man ein gewisses Vertrauen in den Stadtrat und die IBAarau AG hat oder nicht. Das ist im Endeffekt die Frage. In diesem Projektbeschrieb steht unter Optionen, dass das auch die IBAarau AG realisieren würde. Das habe ich so in der Aktenaufgabe gelesen. Wenn die IBAarau AG das schreibt, dann gehe ich davon aus, dass man da auch darauf zählen und entsprechend den Kredit auch um diesen Betrag kürzen kann. Wenn Sie kein Vertrauen in den Stadtrat und die IBAarau AG haben, machen wir die Variante von Alexander Umbricht und lassen den Kredit so stehen. Dann vertrauen wir darauf, und da habe ich dann halt vielleicht wieder etwas weniger Vertrauen, dass der Stadtrat das Geld dann trotzdem nicht ausgibt, obwohl er es könnte. Das ist die Wahl, welche Sie jetzt eigentlich haben.



Werner Schib, Stadtrat: Ich kann keine 100-prozentige Garantie abgeben, da ich ja nicht die IBAarau AG bin. Wir hatten heute aber noch einmal telefonischen Kontakt mit der IBAarau AG und sie haben gesagt, dass sie die Anlage machen würden, wenn der Einwohnerrat Nein sagen würde. Das muss als Garantie reichen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Also, das ist der Stand der Dinge. Wir können jetzt ja niemanden von der IBAarau AG für eine Aussage hier bemühen. Wenn es nicht noch ganz dringende Klärungsfragen oder -aussagen oder Vermutungen gibt, würden wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Markus Hutmacher: Wir möchten das gerne noch besprechen können miteinander.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Somit werden wir eine Pause von 5 Minuten machen und nachher abstimmen, wenn es keine Klärungsfragen mehr gibt.

Kurze Pause

Rainer Lüscher: Ich möchte den Antrag so abändern, dass es keine Doppelspurigkeiten von der Finanzierung her gibt. Es ist keine finanzielle Aufgabe der Stadt, jetzt eine Photovoltaikanlage zu bezahlen. So, wie wir es von Werner Schib gehört haben, wird die Photovoltaikanlage ja sowieso gebaut. Wenn die IBAarau AG das macht, ist es doch nicht Aufgabe der Stadt, diese zu bauen. Deshalb möchte ich einfach die 65'600 Franken in Abzug bringen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Der Antrag bleibt also so, wie er ist, einfach mit diesen 65'600 Franken?

Rainer Lüscher: Genau, das ist so.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Dann liegt jetzt noch ein Abänderungsantrag von Alexander Umbricht vor.

Alexander Umbricht: Es tut mir leid, ich habe gedacht, es ginge deutlich unbürokratischer. Deshalb habe ich jetzt da ad hoc einen Antrag formuliert, bei welchem die Präsidentin dann den Betrag einfügen kann:

Der Kredit von 65'600 Franken sei nur zu verwenden, wenn kein Investor, beispielsweise die IBAarau AG, gefunden werden kann, der die Photovoltaikanlage auf eigene Kosten realisiert.

Es ist dasselbe, aber dann ist es formell klar und es können einige diesem Anliegen zustimmen.

Lelia Hunziker, Präsidentin: Somit liegen uns zwei verschiedene Abänderungsanträge vor. Wir werden zuerst die beiden Abänderungsanträge einander gegenüberstellen. Über den obsiegenden werden wir eine Ja-/Nein-Abstimmung durchführen und mit dem daraus folgenden Resultat in die Schlussabstimmung gehen. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den



Abstimmungen

Vorabstimmung über die Abänderungsanträge:

Antrag Rainer Lüscher:	11 Stimmen
Antrag Alexander Umbricht:	38 Stimmen

Somit hat der Abänderungsantrag von Alexander Umbricht obsiegt.

Abstimmung über den Abänderungsantrag von Alexander Umbricht:

Der Antrag von Alexander Umbricht

Der Kredit von 65'600 Franken sei nur zu verwenden, wenn kein Investor, beispielsweise die IBAarau AG, gefunden werden kann, der die Photovoltaikanlage auf eigene Kosten realisiert.

wird einstimmig **gutgeheissen**.

Schlussabstimmung über den Antrag des Stadtrates mit der Ergänzung von Alexander Umbricht

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat bewilligt den Baukredit für die Erweiterung der Primarschule und des Kindergartens Gönhard in der Höhe von Fr. 7'209'000.-- inkl. MwSt., zzgl. teuerungsbedingter Mehrkosten (Stand 1. Oktober 2015), wobei der Kreditanteil von Fr. 65'600.-- nur verwendet werden darf, wenn kein Investor für die Photovoltaikanlage gefunden werden kann.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 Abs. 1 lit. g der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.



Traktandum 6
GV 2014 - 2017 / 188

69. Beschlussfassung über die Überweisung der Motion Silvia Dell'Aquila: Ergänzung des Abfallreglements der Stadt Aarau

Am 21. November 2015 reichte **Silvia Dell'Aquila (SP)** die Motion "Ergänzung des Abfallreglements der Stadt Aarau" ein. Das Begehren lautet wie folgt:

Begehren: *Der Stadtrat wird eingeladen, eine Ergänzung des Abfallreglements der Stadt Aarau wie folgt dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung zu unterbreiten:*

- *Veranstalter/innen von bewilligungspflichtigen Veranstaltungen auf öffentlichem Grund, und von solchen mit über 500 Personen auf privatem Grund, werden verpflichtet, Mehrwegbecher zu verwenden.*
- *Eine Pflicht zur Verwendung von weiterem Mehrweggeschirr (Teller, Besteck) ist zu prüfen und dazu Bericht und Antrag zu erstatten.*

Mit Bericht vom 8. August 2016 stellt der **Stadtrat** folgenden

Antrag: *Die Motion von Silvia Dell'Aquila "Ergänzung des Abfallreglements der Stadt Aarau" sei nicht zu überweisen.*

Silvia Dell'Aquila, Motionärin: Der vorliegende Bericht zur Motion, welche ich eingereicht habe, ist leider etwas enttäuschend, und zwar weniger deshalb, weil sich der Stadtrat gegen eine Überweisung stellt, sondern eher, weil bei der Erarbeitung des Berichts sehr ungenau und unsorgfältig gearbeitet worden ist. Das zeigt mir, dass der Stadtrat in diesem Sinne nicht gewillt ist, sich ernsthaft mit der Materie auseinanderzusetzen und wirklich eine Lösung zu finden, um die Abfallberge an öffentlichen Veranstaltungen zu reduzieren, und das ist sehr enttäuschend. Ich möchte auf den Bericht eingehen und gleich zum Punkt 1.5 Rechtliches auf der Seite 3 kommen: Da wird behauptet, dass ein Teil der Motion rechtlich nicht umgesetzt werden kann, nämlich der Teil, bei welchem es darum geht, dass Veranstaltungen auf öffentlichem Grund nicht dieser Pflicht unterworfen werden könnten. Dazu werden auch Bundesgerichtsentscheide mit Fällen aus Luzern und Bern genannt. Ich nehme an, dass die Juristen unter Ihnen diese Urteile gelesen und auch festgestellt haben, dass die Bundesgerichtsurteile für diesen Fall nicht einschlägig sind. Die Behauptung im Bericht, dass die Verknüpfung einer Bewilligung mit der Auflage zur Verwendung von Mehrwegbechern nicht möglich sei, wird durch diese Urteile nicht gestützt. Ich selber bin keine Juristin und habe mich deshalb an den Bundesrichter Andreas Zünd gewendet, welcher als Präsident bei diesen beiden genannten Bundesgerichtsentscheiden mitbeteiligt war. Ich wollte einfach fragen, ob diese Urteile wirklich für diesen Fall verwendet werden können. Er bestätigt meine Auffassung,



dass die genannten Fälle einerseits bestätigen, dass auch auf privatem Grund Auflagen betreffend Mehrwegpflicht verhältnismässig sind und die infrage gestellt werden können, wenn keine gesetzliche Grundlage vorhanden ist. Andreas Zünd meint dazu, Zitat: "Wenn eine spezifische, kommunalgesetzliche Grundlage geschaffen wird, welche die Abfallbewirtschaftung bei Grossveranstaltungen sowohl auf öffentlichem wie privatem Grund regelt, stellt sich selbstredend das Problem der gesetzlichen Grundlage nicht. Sie wird ja geschaffen. Und auch eine Ungleichbehandlung der Gewerbetreibenden ist ausgeschlossen. Soweit eine gastgewerbliche Bewilligungspflicht auf privatem Grund nicht besteht, kann eine Auflage der Abfallbewirtschaftung wiederum selbstredend nicht gestützt auf eine solche Bewilligungspflicht verfügt werden. Aber das heisst nur, dass es in diesem Fall einer spezifischen, kommunalgesetzlichen Grundlage bedarf, wenn die Abfallbewirtschaftung für Veranstaltungen auf privatem Grund geregelt werden soll." Das heisst, dass die Behauptung in diesem Bericht, dass Auflagen betreffend Mehrwegpflicht von vornherein nicht umgesetzt werden könnten, nicht zutreffend ist. Im Bericht wird auch noch ein Verwaltungsgerichtsurteil aus dem Kanton Bern von 2011 genannt. Da ist den Verfassern des Berichts entgangen, dass das ebenfalls bis ans Bundesgericht weitergezogen worden ist. Auch hier stellt das Bundesgericht in Abrede, dass die Verhältnismässigkeit verletzt würde. Das zeigt mir ebenfalls, dass hier in diesem Bericht relativ unsorgfältig gearbeitet wurde. Zudem wird im selben Kapitel gesagt, dass die Motion eine ausnahmslose Umsetzung der Pflicht verlange und die Art der gemeinten Veranstaltungen nicht klar sei. Ich erwarte eigentlich von einem Stadtrat, dass er bei einer konkreten Umsetzung fähig ist, Ausnahmen zu formulieren und betroffene Veranstaltungen zu benennen. Das wird auch in anderen Städten gemacht. Es kann aus meiner Sicht auch nicht verlangt werden, dass in einer Motion schon solche Details wie irgendwelche Ausnahmen bereits definiert sein sollten. Im Bericht wird weiter auf einen Artikel in der Schweizerischen Marktzeitung hingewiesen. Es geht um die Kritik betreffend Mehrkosten bei Festorganisationen, welche aus dem Betrieb mit Mehrweggeschirr abgeleitet wird. Bei diesem Artikel handelt es sich um einen Auszug aus einem anderen Bericht in derselben Zeitung aus dem Jahre 2009. Wer diesen Artikel gelesen hat, der sieht, dass es ein Artikel aus einer Verbandszeitung ist. Es handelt sich um eine Verbandszeitung der Schausteller und nicht von Festorganisatoren oder dergleichen. Es geht auch nicht um unabhängigen Journalismus oder eine seriöse Auseinandersetzung. Es ist einfach ein Verband, der das behauptet. Aber das haben Sie sicher auch selbst festgestellt. Im Bericht wird auch noch auf die Aussage des Badener Werkmeisters verwiesen. Er sagt, dass an der Badenfahrt Mehrwegpflicht eingeführt sei. Er habe auch sehr gute Erfahrungen damit gemacht, aber er schätze eigentlich ein, dass Mehrwegsysteme für einzelne Anlässe eine schlechte Ökobilanz aufweisen. Das wird in diesem Bericht so quasi als kompetente Meinung wiedergegeben. Ich habe mit diesem Herrn Stirnemann telefoniert. Er sagt selber, dass das seine private Meinung sei. Er hat in diesem Sinne keine Kompetenz, um das festzustellen. So gesehen hat das in diesem Bericht eigentlich nichts zu suchen. Auf der anderen Seite wird aber keine einzige einschlägige Studie zur Ökobilanz von Mehrwegbechern oder Mehrweggeschirr berücksichtigt. Ich habe in der Motion sogar eine angegeben, und zwar die wichtigste, nämlich die trinationale Studie aus dem Jahre 2007. Es wäre relativ einfach gewesen, diese zu finden. Sie ist ja auch zitiert. Dazu steht kein Wort. Stattdessen wird auf unqualifizierte Quellen verwiesen, welche nichts aussagen. Auch das finde ich relativ unseriös. Es gibt noch ein weiteres Beispiel: Es werden im Bericht ja Vergleiche zwischen den Städten gemacht. Im Falle von Basel-Stadt wird ebenfalls behauptet, dass das Gesetz jetzt dann geändert und gelockert werde. Das stimmt auch nicht. Die betreffende Motion ist am 15. Juni



2016 abgelehnt worden. Dabei ging es um die Lockerung der Mehrwegpflicht. Die Motion ist in einen Anzug an die Regierung umgewandelt worden, und da ging es notabene um Mehrweggeschirr. Es ging darum, die Pflicht für Mehrweggeschirr zu lockern und nicht von Mehrwegbechern. In meiner Motion geht es um Mehrwegbecher. Als Ausnahme gilt immer noch die Basler Fasnacht, aber sonst bleibt eigentlich alles beim Alten. Das wurde im Bericht des Stadtrates auch etwas anders dargestellt. In den Diskussionen wird oft mit den hohen Kosten für die Beizer argumentiert. Ich weiss nicht, wer von Ihnen am Maienzugvorabend das wahrgenommen hat, aber zum Beispiel die Bar Waldmeier und die Tuchlaube haben für sich selber ein Mehrwegsystem organisiert und die Getränke in Mehrwegbechern ausgeschenkt. Sie haben mir selber gesagt, dass sich die Kosten pro Becher ungefähr zwischen 10 und 15 Rappen pro Getränk belaufen, genauer konnten sie es mir nicht sagen. Ein normaler Einwegbecher kostet 8 Rappen pro Getränk. Man sieht auch hier, dass es nur ein paar Rappen mehr sind. Das deckt sich auch mit den Berechnungen, welche man überall im Internet sehen kann und welche vorliegen. Man sieht, dass es ein minimaler Anstieg ist. Gastrobetriebe, welche ganzjährig mit Mehrwegsystemen arbeiten, wie zum Beispiel das KIFF, welches ich ebenfalls gefragt habe, haben mir bestätigt, dass es zu keinen massiven Mehrkosten kommt oder mehr Personal angestellt werden muss. Zum Teil bleibt auch noch etwas vom Depot übrig, weil die Leute diese Becher nicht zurückbringen. Ich glaube, es ist etwas vermessen, hier von massiv höheren Kosten zu sprechen. Auch damit hat sich der Stadtrat nicht auseinandergesetzt. Er hat diese Personen nicht befragt oder mit den Betroffenen in Aarau gesprochen. Davon steht nichts in diesem Bericht. Für mich ist klar, dass der Stadtrat einfach kein neues Abfallreglement will, welches eine Pflicht für Mehrwegbecher beinhaltet. Er stützt sich auf Abklärungen, welche, wie ich gesagt habe, auf ungenauen oder falschen Angaben beruhen. Vielleicht hätte er sich auch eine andere Meinung gebildet, wenn der Bericht etwas anders herausgekommen wäre. Ich finde es wirklich schade, dass man sich im Stadtrat nicht seriös mit dieser Thematik auseinandergesetzt hat und noch mehr, dass man nichts in Sachen Abfallverminderung unternehmen möchte. Ich hoffe, dass Sie als Mitglied des Einwohnerrates das anders sehen und die Motion heute Abend überweisen. Damit würden wir ein klares Zeichen für eine umweltbewusste und saubere Stadt Aarau setzen.

Olivia Müller: Die FDP-Fraktion hat Sympathien für die Motion von Silvia Dell'Aquila, das ist ganz klar. Es wird wohl niemand hier im Rat bestreiten, dass es wichtig ist, dass wir alle weniger Abfall produzieren und uns Gedanken darüber machen, wie wir mit diesem Abfall umgehen. Wir werden aber dem stadträtlichen Antrag folgen, und zwar aus anderen Gründen als denjenigen, welche der Stadtrat in diesem Bericht festgehalten hat. Auch dazu müssen wir sagen, dass wir den Unmut der Motionärin grundsätzlich verstehen. Wir vertreten als Hauptargument gegen diese Motion vor allem die Meinung, dass dieses Abfallreglement ein grosser Einschnitt in die Wirtschaftsfreiheit der einzelnen Betreiber wäre. Wir denken da insbesondere an den Maienzugvorabend. Es ist tatsächlich so, dass grosse Betriebe das auch angesichts ihres Umsatzes gut handhaben können. Wir sehen aber auch die kleineren Betriebe, welche sicherlich angesichts der Mehrkosten, welche in personeller Hinsicht entstehen würden – abgesehen davon, dass man auch mehr Platz bräuchte – in finanzielle Schwierigkeiten kommen würden. Das ist für uns eigentlich der Hauptgrund, weshalb wir diese Motion nicht überweisen werden. Es ist aber klar, dass wir dieses Anliegen als guten Denkanstoss sehen. Silvia Dell'Aquila hat gesagt, dass es bereits Betriebe gibt, welche das freiwillig umsetzen. Wir sind der Ansicht, dass zumindest der stadträtliche Vertreter im neu ge-



schaffenem Maienzugverein das Anliegen durchaus auch einmal zur Sprache bringen könnte, so dass die grösseren Anbieter in Aarau das freiwillig umsetzen würden. Wir sind auch der Ansicht, dass es zu einer grösseren Akzeptanz in der Bevölkerung führt, wenn ein Beizer dann von sich aus sagt, er übernehme die Verantwortung und führe die Mehrwegbecher ein. Wir hätten auch noch einen konkreten Vorschlag für die Stadt, wie sie da als positiver Vorreiter agieren könnte. Dass nämlich Mehrwegbecher an einem Grossanlass funktionieren, sehen wir jedes Jahr beim Maienzugbankett. Dort wird der Wein in Gläsern serviert. Es geht hier zwar nicht um Mehrweggeschirr, aber wir würden vorschlagen, dass der Stadtrat bzw. die Maienzugkommission in einer Art Pilotprojekt auch das Essen nicht mehr auf diesem unsäglichen Plastikgeschirr, sondern zumindest auf kompostierbarem Geschirr oder Mehrweggeschirr servieren lassen würde. Ich denke, die Aarauerninnen und Aarauern sind offen für solche Sachen. Es wäre zumindest einen Versuch wert. Wir würden dem Stadtrat nahelegen, diese Verhandlungen einmal aufzunehmen. Wir danken der Motionärin für diesen guten Denkanstoss, werden die Motion aber nicht überweisen.

Peter Roschi: Auch mich ärgert es masslos, wenn ich durch die Stadt gehe und an diesen Festen überall Abfall herumliegen sehe. Deshalb bin ich eigentlich froh über diese Motion. Vollkommen klar ist auch, dass der ökologische Nutzen solcher Mehrwegbecher vorhanden ist. Unser aller Ziel muss es sein, Abfall zu vermeiden und auch die Schülerinnen und Schüler wieder dazu zu bringen, wenn sie ein Sugus essen, das Papierchen in den Hosensack zu stecken und nicht auf den Boden zu werfen. Wir alle müssen hinschauen und etwas sagen, wenn beispielsweise ein Zigarettensstummel oder ein Papierchen auf den Boden geschmissen wird. Das ist völlig klar. Die Frage ist nur, wie wir das machen wollen. Wollen wir das einmal mehr mit einem Reglement machen und noch etwas mehr Papier und Bürokratie fabrizieren, oder könnten wir das nicht auch mit einem Anreizsystem tun? Man könnte ja beispielsweise sagen, wer sich ökologisch verhalte und Mehrwegbecher brauche, komme einfacher zur Bewilligung oder erhalte eine Reduktion. Er müsste nicht mehr sieben Seiten ausfüllen, sondern nur noch fünf. Es ist eigentlich egal, wie man das macht. Für uns ist wichtig, dass wir kein neues Reglement und keine neuen Vorschriften machen, sondern das mit einem Anreizsystem verbinden. Da haben wir genügend Kommissionen, welche dieses Anreizsystem machen könnten. Aus diesem Grunde wird die CVP-Fraktion die Motion ablehnen und wir hoffen, dass man auf anderem Wege gute Lösungen für eine Reduktion des Abfalls findet, und zwar allgemein, bei allen Festen.

Thomas Richner: Mehrwegbecher sind ökologischer als Wegwerfbecher. Nach den meisten Ökobilanzen stimmt das, wenn der Becher dann auch eine gewisse Zahl an Umläufen schafft. Sinn macht der Einsatz von Mehrwegbechern aber erst ab ca. 2000 Bechern, welche gebraucht werden, denn sonst sind der Transport, der Aufwand für eine Abwaschmaschine, die Depotsysteme und der Platzaufwand zu gross. Dies entstammt der Quelle "IG Saubere Veranstaltung". Die Motion verlangt aber explizit den Einsatz von Mehrwegbechern bei jeder bewilligungspflichtigen Veranstaltung auf öffentlichem Grund, also auch, wenn nur ein paar wenige Personen dort eine Veranstaltung haben. Von daher ist eine solche Regelung, wie sie jetzt formuliert ist, nicht sinnvoll und abzulehnen. In der Begründung der Motion steht auch, dass Mehrwegbecher für alle profitabel seien. Das stimmt so auch nicht. Die Kosten für den Verkäufer sind bei Mehrwegbechern etwa dreimal höher. Hauptsächlich profitabel ist es also für den Lieferanten der Mehrwegbecher. Am Maienzugvorabend gibt es immer viel Abfall, das haben wir schon gehört. Dies würde sich aber



wenig ändern, wenn wir einfach Mehrwegbecher nehmen würden, da die meisten Getränke am Maienzugvorabend gar nicht aus Bechern getrunken werden, sondern aus Büchsen oder direkt aus PET-Flaschen. Hier dürfte man sicher weniger Abfall durch bessere und häufiger anzutreffende Trennsysteme von PET-, Alu- und normalen Abfallkübeln erwarten. Nochmals zurück zur Ökobilanz: Mehrwegbecher sind ökologischer als Wegwerfbecher – dies gilt aber nur für die Becher. Wie sieht es im Vergleich von PET-Flaschen zu Bechern aus? In einer neueren Studie als die trinationale von 2007 über die Ökobilanz von Getränkeverpackungen, welche 2014 im Auftrag des BAFU erstellt wurde, kann man lesen, Zitat: "Der Offenausschank aus dem 20 l Fass als Postmix (Sirup und erst nachher Wasser dazu) in Einwegbechern weist ähnlich hohe Umweltbelastungen auf, wie die 0,5 l PET-Flasche oder der Offenausschank aus dem 20 l Fass, als Premix im Mehrwegbecher." Es kommt also nicht nur auf den Becher an, sondern auf das Gesamtsystem. Zudem ist bei den allermeisten Getränken der Inhalt aus Umweltsicht deutlich relevanter als die Verpackung. Wenn man also zum Beispiel Wein aus Südafrika ausschenkt, hat das einen grösseren Einfluss. Hören wir auf, irgendwelche Details von Anlässen reglementieren zu wollen, womöglich noch von Anlässen auf privatem Grund. Das führt nur zu unsäglich komplizierten Reglementen, die ja dann doch nicht alles klären können. Daraus folgt eine weitere Aufblähung der Verwaltung, mehr Juristerei und schlussendlich eine weitere Bevormundung unserer Bürgerinnen und Bürger. Besser helfen wir doch den Veranstaltern, selber eine Lösung zu finden, welche für sie und die Umwelt stimmt. Mit Empfehlungen und einem Merkblatt, wie der Stadtrat vorschlägt, kann das unterstützt werden. Deshalb sind wir der Meinung, dass es keine solche Ergänzung des Abfallreglements braucht und folgen dem Antrag des Stadtrates, die Motion nicht zu überweisen.

Matthias Keller: Ich zitiere zu Beginn die Einwohnerratsbotschaft: "Rein aus ökologischer Optik ist der Einsatz von Mehrweggeschirr, oder im vorliegenden Fall Mehrwegbechern, unbestritten und wird gelobt." Leider reichen diese Unbestrittenheit und das Lob nicht, um das Kernanliegen dieser Motion zu treffen. Aus einer Kurzzeit-Wirtschaftssicht scheint der Mehrwegbecher ja nicht wirklich zu rentieren. Deshalb denken wir, dass es genau hier eine gesetzliche Regelung braucht, um zu dem Anliegen zu kommen, welches wir eigentlich vertiefen möchten. Die Grossanlässe in der Stadt Aarau, namentlich der Maienzugvorabend, der Maienzug, der Bachfischet, Musig i de Altstadt und viele mehr, sind gut mit einem Mehrwegbechersystem durchführbar. Der Stadt selber entstehen durch diese Regelung überhaupt keine Mehrkosten. Wir unterstützen das Anliegen sehr stark. Wir möchten sehen, dass die Energiestadt Aarau auch im Abfallbereich eine Vorreiterrolle spielt. Wir weisen den Stadtrat darauf hin, dass er mit dieser Motion eingeladen wird, eine beschlussfähige Weiterentwicklung des Abfallreglements zu bringen. Die Motion muss noch kein fertiges Reglement abbilden, sonst fehlt nämlich der Paragraph. Genau so können wir dann auch gewisse Sachen berücksichtigen, wie Silvia Dell'Aquila schon gesagt hat. Es können im Reglement gewisse Generalisierungen und Präzisierungen vorgenommen werden. Aus unserer Sicht ist der Mehrwegbecher im Offenausschank bei grossen Veranstaltungen eine gute Sache. Die Stadt muss sich an die gesetzlichen Vorgaben von höher gestelltem Gesetz halten. Ich überlasse es dem Stadtrat zu klären, wie es sich dann bei privaten Grundstücken verhält. Wir unterstützen das Anliegen. Die Verwendung von kompostierbarem Geschirr sollte unserer Meinung nach bei den Überlegungen zu Mehrweggeschirr auch von der Ökobilanz her noch geprüft und verglichen werden. Ich möchte mit einem weiteren Zitat aus der Botschaft enden: "Der politische Wille nach einer



ökologischen Lösung sei vorhanden." Wir zeigen politischen Willen und werden die geforderten Punkte unterstützen.

Oliver Bachmann: Ich erlaube mir gerne noch zwei Entgegnungen, und zwar zuerst zum Votum der CVP, man solle Anreize schaffen: Ein Mehrwegsystem, welches über einen Preis geht, den man bezahlt und das Geld erst wieder zurückerhält, wenn man den Becher zurückgibt, ist genau ein solches Anreizsystem. Darum geht es ja. Man schafft so ein Anreizsystem. Ich möchte auch noch etwas zur FDP betreffend Wirtschaftsfreiheit sagen: Wirtschaftsfreiheit hat auch Grenzen, zum Beispiel im Bereich Umwelt. Da ist irgendwo eine Grenze erreicht. Deshalb darf man beispielsweise das Abwasser auch nicht einfach in die Aare lassen, auch wenn das billiger wäre, sondern muss es vorher reinigen. Das ist genau so etwas, was wir hier auch machen würden. Hier hat die Wirtschaftsfreiheit Grenzen, weil wir unsere Umwelt und unsere Ressourcen schonen und die Stadt sauber halten wollen.

Regina Jäggi, Stadträtin: Ich glaube, wir sind uns total einig, dass wir den Abfall reduzieren müssen. Das ist sicher von niemandem bestritten und ist auch dem Stadtrat absolut bewusst. Es ist nun aber etwas schwierig, hier gute Antworten zu geben. Ich muss Silvia Dell'Aquila sagen, dass auch ich keine Juristin bin. Der Stadtrat hat das natürlich juristisch abklären lassen, wie das Silvia Dell'Aquila auch getan hat. Wir sind da nicht ganz derselben Ansicht. Ich weiss aber auch, dass Juristen bei Diskussionen untereinander auch nicht immer derselben Meinung sind. Auf das Juristische kann ich dementsprechend nicht näher eingehen. Der gute Wille betreffend Mehrwegbecher hat beim Stadtrat auch schon einmal angefangen. Vielleicht mögen Sie sich erinnern, dass 2014 schon einmal Abklärungen für den Maienzug gemacht wurden. Es wurde ins Budget aufgenommen, musste dann aber wieder aus Kostengründen herausgestrichen werden. Am vergangenen Mittwoch waren Vertreter des Werkhofs Thun bei uns. Thun kennt das ganze System und wir haben das mit ihnen auch angeschaut. Wir waren auch schon in Thun. Auf Nachfrage haben wir erfahren, dass sie natürlich viel grössere Riesenfeste als wir hier in Aarau haben. Sie haben zum Beispiel ein Seenachtsfest und ein Stadtfest. Das können wir nicht ganz vergleichen. Sie haben die Mehrwegpflicht im Reglement enthalten. Nach ihrer Aussage ist eine Benützung bei mehreren tausend Exemplaren absolut ökologisch. Ich glaube, darüber müssen wir auch nicht sprechen, das ist schon so. In Basel ist es wirklich so, dass gewisse Personen das Risiko eingehen, eine Busse zu kassieren, weil sie das einfach nicht so machen. Ich habe gleich hier die neueste Ausgabe vom Bebbi Jazz, in welchem viele sagen, dass sie es sein lassen. Das ist jetzt ja auch nicht so dramatisch. Es ist an allen Orten etwas anders. Wir haben schon diskutiert, ob das Maienzugessen auf der Schanz auf Tellern serviert werden sollte. Die jungen Leute, welche dort arbeiten, mögen das mit der Zeit einfach gar nicht mehr tragen, das wäre viel zu schwer. Wir hatten da noch nicht die Idee wegen Mehrweggeschirr, das werde ich aber sicher einmal aufnehmen. Gläser haben wir bereits. Thomas Richner hat über den Abfall am Maienzugvorabend gesprochen. Da haben wir vom Werkhof her auch schon darüber diskutiert, wie man das allenfalls verbessern könnte. Es wurden auch schon Ideen entwickelt. Wir werden wahrscheinlich die Abfallhaie abschrauben, weil es darin schlicht und einfach zu wenig Platz hat, und dort am Maienzugvorabend etwas anderes hinstellen. Was ich ganz toll finde, ist die Eigeninitiative der Bar Waldmeier und der Tuchlaube, das habe ich nicht gewusst. Ich finde es toll, wenn jemand die Eigeninitiative ergreift und etwas unternimmt. Es stimmt aber nicht ganz, dass es keine Mehrkosten für die Stadt gäbe, denn man



müsste das auch wieder kontrollieren. Es wäre ja nicht so, dass es einfach so von alleine laufen würde. Das darf man nicht ganz unterschätzen. Man muss daran denken, dass das einen Mehraufwand verursachen würde. Man kann diesen nicht in Franken sagen, aber man muss zumindest auch daran denken. Der Stadtrat findet Mehrwegbecher oder -geschirr grundsätzlich wirklich eine gute Sache, aber er möchte es nicht ins Abfallreglement hineinnehmen. Je nach Grösse des Festes möchte ich lieber mit Auflagen arbeiten und nicht grundsätzlich sagen, dass das jetzt eine Pflicht für alle sei, denn sonst haben wir wahrscheinlich wieder das Problem mit der Anschaffung je nach Grösse. Ich wäre wirklich froh, wenn man das so mit Auflagen beim Stadtrat aufnehmen könnte, ohne es im Reglement festzuschreiben.

Lelia Hunziker: Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 24 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Die Motion von Silvia Dell'Aquila "Ergänzung Abfallreglement der Stadt Aarau" wird nicht an den Stadtrat überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 7
GV 2014 - 2017 / 246

70. Kreditabrechnung Zurlindenvilla, Sanierung Turnerheim, Projektierung

Lelia Hunziker, Präsidentin: Mit Datum vom 2. Mai 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Zurlindenvilla, Sanierung Turnerheim, Projektierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 160'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 209'521.55 ab. Es resultiert somit eine Kreditüberschreitung von Fr. 49'521.55 oder 30.95 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 9. August 2016 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Zurlindenvilla, Sanierung Turnerheim, Projektierung".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Lelia Hunziker, Präsidentin: Somit sind wir am Schluss der heutigen Einwohnerratssitzung angelangt. Wir waren wirklich schnell. Ich lade jetzt alle sehr gerne noch zum Apéro ein.

Schluss der Sitzung: 20.50 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Die Präsidentin:

A handwritten signature in blue ink that reads "Lelia HZ".

Lelia Hunziker

Der Protokollführer:

A handwritten signature in black ink that reads "Stefan Berner".

Stefan Berner